

täten werden in den Gemeinden der Teilnehmenden in ihren jeweiligen Ländern durchgeführt. Zusätzlich zur Öffentlichkeitsarbeit über das Projekt in den lokalen Medien sollen Aufführungen eines eigenen Theaterstücks, sowie Präsentationen in Schulen und öffentliche Podiumsdiskussionen stattfinden, so dass weitere Personenkreise im WB vom Projekt und seinen Ergebnissen erfahren.

Zusätzlich zur SHV, dem MHC und dem Forum ZFD wird das Projekt zusammen mit erfahrenen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen fünf Ländern ('regional implementing partners') durchgeführt. Neu beim CH3 sind das War Childhood Museum in Sarajevo (BiH) und die Grammar School Slobodan Skerovic in Podgorica (MNE).

Das Jugendprojekt will einen echten Beitrag zur Friedensbildung und Zusammenarbeit im WB leisten. Kritisches Denken und konstruktive Debatte über die regionale Vergangenheit unter SchülerInnen, sowie die Förderung grenzüberschreitender Kontakte zwischen Jugendlichen sollen zur Verständigung und zum Austausch zwischen Bevölkerungsgruppen beitragen.

Bei erneut gutem Gelingen soll das Projekt 2020 in Serbien unter der Leitung des dortigen Helsinki Komitees weitergeführt werden.

Das Projekt 'Challenge History' setzt den mehrjährigen Einsatz der SHV für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Jugendlichen im WB fort. Der Vorstand der SHV ist überzeugt, dass dieses Jugendprojekt zur Friedensförderung und Zusammenarbeit im Westbalkan beitragen kann.

Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung der achttägigen Sommerschule werden mit 39'000 Euro budgetiert. Hauptsponsoren sind der Western Balkans Fund (WBF), das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie die Schweizer Botschaft in Skopje. Dafür sind wir sehr dankbar, erlauben uns aber, auch Sie, verehrte Leserinnen und Leser, um eine finanzielle Unterstützung zu bitten.

Malcolm MacLaren

PARLAMENTSUNTERSTÜTZUNG IN NORDMAZEDONIEN AN DER SCHNITTSTELLE ZWISCHEN DIPLOMATIE UND INTERNATIONALER ZUSAMMENARBEIT

Die Schweizer Botschaft in Skopje unterstützt seit über 10 Jahren das Parlament in Nordmazedonien im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der DEZA. Die Schweiz unterstützt Nordmazedonien seit 25 Jahren auf dem Weg zur Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft und fördert damit Reformen, die das Land näher an Europa heranführen soll. Ein wichtiger Pfeiler dieser Zusammenarbeit ist die Stärkung von demokratischen Strukturen und Prozessen sowie die Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit.



Sitzung des Steuerungsausschusses des Parlamentsprojektes

Bild Parliament of NMK

Das Land ist aufgrund seiner Geschichte noch relativ fragil und verfügt über wenig ausgeprägte Checks & Balances der verschiedenen Gewalten im Staat. Zudem sind die staatlichen Strukturen und Institutionen noch schwach. Das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen, sich als Teil der Zivilgesellschaft zu verstehen und sich damit an relevanten politischen Entscheidungen zu beteiligen, ist wenig ausgeprägt.

Mit der Parlamentsunterstützung bietet die Schweiz dem Gesetzgeber in Nordmazedonien das nötige Know-how über Instrumente und Prozesse, um die komplexe Arbeit des Parlaments transparenter und effizienter zu gestalten und die Rechenschaftsablegung gegenüber den Wählern zu erhöhen. Die Schweiz bringt hier ihre eigene Erfahrung in der Parlamentsarbeit mit ein. Die Schweiz gilt in Nordmazedonien als Vorbild und Modell eines demokratischen Staates mit langer Tradition und grosser Bürgernähe und hat damit eine hohe Glaubwürdigkeit in Fragen der politischen Partizipation und Rechtsstaatlichkeit. Die DEZA legt in ihrer Projektarbeit Wert auf eine strategische und langfristige Ausrichtung der Unterstützung. Dies im Wissen darum, dass Veränderungen von Strukturen und Prozessen Zeit benötigen, wenn sie nachhaltig sein sollen. Die Schweiz ist zudem auf Unparteilichkeit bedacht und legt Wert darauf, dass das Parlament alle politischen Kräfte gleichermaßen in die Prozesse miteinbezieht.

In diesem Sinne ist die integrierte Botschaft der Schweiz in Nordmazedonien für diese Aufgabe gut positioniert. Die Botschaft verfügt über eine sogenannte integrierte Struktur und kann sowohl über diplomatische als auch über entwicklungspolitische Instrumente handeln. Die Botschafterin als diplomatische Vertreterin ist gleichzeitig auch Chefin

des DEZA/SECO Programmes vor Ort. In der Regel werden diese zwei Funktionen von unterschiedlichen Personen wahrgenommen.



Talat Xhaferi, Parlamentspräsident Nordmazedoniens zu Besuch bei NR-Präsidentin Carobbio (Juni 2019)
Bild Schweizer Parlament

Die Synergien, die sich daraus ergeben sind sowohl für die diplomatische als auch die entwicklungspolitische Arbeit von Vorteil. Als Botschafterin habe ich einen einfachen Zugang zu Behörden und Regierungsvertretern und kann dies für die Projektarbeit sehr gut nutzen. Auf der anderen Seite erlauben mir die technischen Kenntnisse des Projektes und der Prozesse im Parlament informierte Diskussionen mit politischen Exponenten in der diplomatischen Arbeit. Die Schweiz kann dadurch mit fundiertem Wissen auftreten und die demokratischen Werte unseres Landes einbringen. Die Schweiz gilt als glaubwürdige und verlässliche Partnerin von Nordmazedonien. Und kann damit einen relevanten Beitrag leisten, um das Land in eine demokratische Zukunft zu führen.

Botschafterin Sybille Suter Tejeda

DAS PARLAMENT STÄRKEN HEISST DIE DEMOKRATIE STÄRKEN

Die Schweiz unterstützt seit den 90er Jahren die Länder des Westbalkans in ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transition. Unter anderem fördert sie den Demokratisierungsprozess, dies auch auf institutioneller Ebene. Neben Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien ist die Schweiz auch in Nordmazedonien engagiert, beispielsweise mit einem Projekt zur Parlamentsunterstützung (PSP).

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime befinden sich die Westbalkanländer in der Transition hin zu einer demokratischen Gesellschaft und einer freien Marktwirtschaft. Der Systemwandel ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) setzt

gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auf bilateraler Ebene in jedem der Länder eine eigene Kooperationsstrategie um. Da die internationale Zusammenarbeit der Schweiz – gerade in Transitionsländern – einen Schwerpunkt auf die Förderung von Rechtsstaat und Demokratie legt und die verschiedenen Balkanländer mit ähnli-